- (A) Darüber hinaus wird die Bundesregierung mit Blick auf die KfW-Bankengruppe bei neuen indirekten, mehrheitlichen Finanzierungen im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit Standorte in der EU bzw. Deutschland zukünftig von Beginn an in die Prüfung miteinbeziehen.

Frage 54

Antwort

der Parl. Staatssekretärin **Dr. Maria Flachsbarth** auf die Frage der Abgeordneten **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE):

Inwiefern unterstützt die Bundesregierung die Aktivitäten des Deutschen Unternehmens G. W., in der Demokratischen Republik (DR) Kongo ein riesiges Eisenbahnprojekt zu realisieren (beispielsweise in Form einer Unterstützung der Deutschen Botschaft bei der Reise von Herrn W. zu diesem Zweck in die DR Kongo im Februar 2021, <https://acpcongo.com/index.php/2021/02/12/haut-katanga-etudes-de-faisabilite-pour-la-relance-de-la-sncc/>, <https://zoom-eco.net/a-la-une/rdc-congo-railway-lance-les-etudes-de-faisabilite-de-son-vaste-projet-ferroviaire-evalue-a-25-milliards-usd/>), und hält die Bundesregierung die Kooperation des Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Günter Nooke, mit Herrn W. bei der angestrebten Realisierung des Megastaudamms Inga 3 in der DR Kongo angesichts des laut „Süddeutscher Zeitung“ fraglichen Engagements von Herrn W. für angebracht (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kongo-bahn-wagner-1.5204493?reduced=true)?

Die Bundesregierung wurde anlässlich des Staatsbesuches von Präsident Félix Tshisekedi im November 2019 erstmals über die Pläne der Regierung zur Rehabilitierung und zum Ausbau des Eisenbahnnetzes informiert. Die im Oktober 2020 erfolgte Unterzeichnung eines Vertrages zwischen der DR Kongo und dem Unternehmer G. W. als Vertreter der CRD Congo Railway Development AG (einer in der Schweiz registrierten Investment-Holdinggesellschaft) erfolgte auf privatwirtschaftlicher Ebene ohne Beteiligung der Bundesregierung.

Zur erwähnten Reise von Herrn W. in die DR Kongo Anfang Februar liegen der Bundesregierung keine eigenen, über die in den öffentlichen Quellen erwähnten hinausgehenden Informationen vor. Die deutsche Botschaft in Kinshasa war an der Vorbereitung und Durchführung des Besuches nicht beteiligt.

Aus Sicht der Bundesregierung könnte der Aufbau eines nationalen Eisenbahnnetzes durchaus weitreichende positive Entwicklungseffekte für die DR Kongo haben. Die Berücksichtigung anspruchsvoller Umwelt- und Sozialstandards in der Planung und Umsetzung des Vorhabens sollten dabei jedoch zentral sein. Ähnlich wie bei Inga 3 würde dies jedoch die Umsetzungskapazitäten der Regierung und der Partner vor große Herausforderungen stellen. Letztlich wird entscheidend sein, ob die erforderlichen Investitionen vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesichert werden können.

Frage 55

Antwort

der Staatsministerin **Monika Grütters** auf die Frage des Abgeordneten **Dr. André Hahn** (DIE LINKE):

Inwieweit teilt die Bundesregierung meine Position, dass die letzte Wohnstätte von Käthe Kollwitz im Moritzburger Rüdendorf (Sachsen) eine Gedenkstätte von nationaler Bedeutung ist, und welchen Beitrag kann der Bund (auch im Zusammenwirken mit dem Freistaat Sachsen und weiteren Akteuren) leisten, um das Käthe-Kollwitz-Haus für die Öffentlichkeit in einem guten baulichen Zustand sowie mit ansprechenden inhaltlichen Angeboten zu erhalten (siehe auch „Wo Käthe Kollwitz 1944 nur noch Wolken zählte“ von Ingeborg Ruthe in der „Berliner Zeitung“ vom 17. Februar 2021)?

Im Moritzburger Rüdendorf hat 1944/45 die hochbetagte, gesundheitlich schwer angegriffene Künstlerin nach der Ausbombung in Berlin auf Einladung des letzten sächsischen Kronprinzen Ernst Heinrich ihre letzten Lebensmonate verbracht, ohne dort noch künstlerisch tätig sein zu können.

Die Künstlerin Käthe Kollwitz, in Königsberg aufgewachsen und später in Berlin lebend und arbeitend, ist mit ihrem einem humanistischen Menschenbild verpflichteten Werk für die Kunstgeschichte zweifellos von gesamtstaatlicher Bedeutung. Dies kann aber für den eher zufälligen letzten Wohnort, an dem sie nur wenige Monate gelebt hat, nicht oder nur sehr eingeschränkt gelten. Insofern ist ein evidenter Ansatzpunkt für eine unmittelbare Förderung der Gedenkstätte im Rüdendorf, die von der Stiftung Käthe-Kollwitz-Haus in Moritzburg getragen wird, durch den Bund nicht gegeben.

Frage 56

Antwort

der Parl. Staatssekretärin **Sarah Ryglewski** auf die Frage des Abgeordneten **Frank Schäffler** (FDP):

In welcher Weise wurde das Bundesministerium der Finanzen (BMF) im Rahmen des zwischen der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vereinbarten Ablaufschemas für den Erlass von Leerverkaufsverboten beteiligt (bitte aus Sicht der Bundesregierung die fünf wichtigsten Kontaktaufnahmen im Februar 2019 mit den jeweils beteiligten Personen, Datum, Uhrzeit, Art des Kommunikationsmittels und wesentlichen Inhalt darstellen)?

Die Zuständigkeit für den Erlass von Leerverkaufsverboten liegt bei der BaFin. Sie ist durch Gesetz (WpHG) als zuständige Behörde im Sinne des Artikels 32 der EU-LeerverkaufsVO benannt. Das BMF nimmt entsprechend den Grundsätzen der Rechts- und Fachaufsicht und unter Berücksichtigung der operativen Unabhängigkeit der BaFin keinen Einfluss auf den Erlass von Allgemeinverfügungen zu Leerverkaufsverboten. So war es auch im Falle Wirecard. Bei dem zwischen Deutscher Bundesbank und BaFin vereinbarten Ablaufschema für den Erlass von Maßnahmen nach Artikel 20 EU-LeerverkaufsVO handelt es sich um eine interne bilaterale Vereinbarung, an deren Erstellung das BMF nicht beteiligt war.

Die Frage wird so verstanden, dass es um direkte Kontakte zwischen BaFin und BMF geht und die interne Kommunikation innerhalb der BaFin, der Deutschen Bundesbank und dem BMF nicht erfasst ist. Im Vorfeld des Erlasses der Maßnahme nach Artikel 20 EU-LeerverkaufsVO vom 18. 02. 2019 gab es folgende wesentliche direkte Kontakte zwischen BaFin und BMF zu dieser Maßnahme: